AKTAB unter folgender **Kontaktadresse** wenden:

TaT Transferzentrum für angepasste Technologien,
Hovesaatstr. 6, D-48432 Rheine
Tel.: + 49 (0) 5971 / 990-113
Fax: + 49 (0) 5971 / 990-150
E-Mail: aktab@tat-zentrum.de.

»

VDI startet Dialog über die Regulierung von Zukunftstechnologien

Konferenz zum Spannungsverhältnis von Innovation und staatlicher Verwaltung, Berlin, 12. Januar 2000

Tagungsbericht von Volker Brennecke, VDI Düsseldorf

Der Staat ist bei der Regulierung neuer Technologien wie der Biotechnologie und der Telekommunikation noch mehr als früher auf den konstruktiven Dialog mit der Industrie und kritischen gesellschaftlichen Gruppen angewiesen. Wie im Januar dieses Jahres auf dem ersten "Politik-Dialog" des VDI im historischen Magnus-Haus in Berlin deutlich wurde, steht die staatliche Verwaltung bei der Risikoregulierung von Technik vor einem Umbruch: Sie muss kooperative Formen der Problemlösung finden, um nicht jede Innovation durch Bürokratie im Keim zu ersticken. Allerdings ist noch unklar, wie der Weg von einer defensiven, auf die Restriktion von Innovation angelegten Risikoregulierung hin zu einer offensiven, konstruktiven Innovationspolitik aussehen könnte.

"Wir brauchen einen Ausweg aus der Blockade von Industrie und Behörden bei der Regulierung von Risiken", sagte *Professor Herwig Hulpke*, Vorsitzender des VDI-Bereiches Technikbewertung und Leiter des Konzernstabes Qualitäts-, Umwelt-, und Sicherheitspolitik der Bayer AG. Die Anwendung des rechtlichen Vorsorge-Prinzips beispielsweise dürfe nicht dazu führen, dass bei Innovationen grundsätzlich jeder nur denkbare Verdacht auszuräumen sei, so Hulpke. Denn dies könne zu einer weit reichenden Blockade führen.

Die VDI-Konferenz, an der hochkarätige Vertreter aus dem Bundestag, aus Bundes- und

Landesministerien, Regulierungsbehörden, Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verbänden teilnahmen, zeigte aber auch, dass nicht nur Politik und Gesellschaft, sondern auch die Unternehmen auf effektiv wirkende Regulierungen angewiesen sind, um Risiken abzuwehren. Das vorherrschende "Regulierungschao", so *Prof. Gunther Tichy* von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, bringe weder notwendige Innovationen noch den Schutz vor Risiken voran.

Die immer noch fehlende elektronische Verschlüsselung in der Telekommunikation könne bei fehlender Regulierung zu Problemen führen, mahnte *Dr. Dieter Klumpp* von Alcatel SEL. Er erinnerte an den Hacker, der durch den Diebstahl von Kreditkartennummern aus dem Internet jüngst einen Online-Händler erpresste. Die Nutzerakzeptanz von e-commerce-Angeboten, so Klumpp, hänge wesentlich auch von der Regulierung solcher Risiken ab.

Im Gegensatz dazu erfuhr die Bio- und Gentechnologie bis vor kurzem eine strenge Regulierung. Inzwischen fallen die Auflagen weniger scharf aus, weil sich die Risikopotenziale nachweislich vermindert haben. Doch dies muss nicht zu mehr Akzeptanz in der Gesellschaft führen. Mehr Erfolg verspricht eine Balance zwischen angemessener Regulierung und der Diskussion in der Öffentlichkeit.

Deshalb sei eine Diskussion in der Gesellschaft unverzichtbar für eine gut funktionierende Regulierung, räumten denn auch die Vertreter des Staates ein. Der Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie, *Meinfried Striegnitz*, wies darauf hin, dass Kooperation und Dialog leider von Behörden häufig noch als Bedrohung ihrer Zuständigkeit angesehen werden. Und was sagen die Umweltverbände hierzu? Die Beteiligung an einer konstruktiven Debatte stoße zum Teil dann an ihre Grenze, "wenn die Umweltorganisationen ihrer Basis und der Öffentlichkeit veränderte Positionen nicht mehr ausreichend vermitteln können", gestand *Dr. Gerhard Timm* zu, der neue Geschäftsführer des Umweltverbandes BUND.

Die Initiative des VDI zu einem Institutionen und Arbeitsbereiche überspannenden Dialog wurde von allen Seiten begrüßt. Der VDI hat zugesagt, diesen Dialog als Moderator zwischen den Gruppen weiterzuführen und ein Memorandum zu erstellen.

Weitere Informationen und Unterlagen sind erhältlich bei:

Dr. Volker M. Brennecke, VDI-Hauptgruppe
Postfach 10 11 39, D-40002 Düsseldorf
Tel.: + 49 (0) 211/6214-474
Fax: + 49 (0) 211/6214-148
E-Mail: brennecke@vdi.de

« »

ANKÜNDIGUNGEN

Konferenzen/Workshops/Seminare

Tagung des Arbeitskreises Politik und Technik in der DVPW

Politik und Technik – Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts

Hagen, 30. März - 01. April 2000

Der Arbeitskreis Politik und Technik in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) veranstaltet vom 30. März bis zum 1. April 2000 die Tagung "Politik und Technik – Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts". Das umfangreiche Programm soll dazu dienen, den erweiterten Forschungsstand festzuhalten, neueste Forschungsergebnisse zu präsentieren und vordringliche Forschungsfragen zu erörtern.

Auf der Tagung werden die folgenden Themen- und Problemfelder zur Diskussion gestellt:

Themenfeld 1: Theoretische Konzeptionen zur Analyse des Verhältnisses von Politik und Technik

Problemfeld 1: Evolution vs. Steuerung (mit Beiträgen von R. Mayntz, W. Rammert)

Problemfeld 2: Legitimationsprobleme der Technikentwicklung (mit Beiträgen von R. Martinsen, H. Hegmann, K. Lenk)

Themenfeld 2: Das politische Umfeld staatlicher Technikpolitik

Problemfeld 1: Globalisierung und Innovationswettbewerb (mit Beiträgen von F. Naschold/U. Jürgens (angefragt), J. Esser/N. Noppe, U. Hilpert)

Problemfeld 2: Wandel der politischen Kommunikation im multimedialen Zeitalter (mit Beiträgen von H. J. Kleinsteuber, H. Buchstein/R. Schmalz-Bruns, F. Marcinkowski)

Problemfeld 3: Technisierungskonflikte (mit Beiträgen von W. Fach, Th. Saretzki)